



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
am 04. Dezember 2007  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

Stv. Spruch (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn: 17:00 Uhr**

**Ende: 19:00 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten - DL Nrn. 45/07

(Drucksachenband 124)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

**Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 04. Dezember 2007**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Vor der Sitzung des Ausschusses fand die Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Interkulturellen Woche 2007 in der Zeit von 16.15 Uhr bis 16.45 Uhr statt, die auch im kommenden Jahr regelmäßig zur Vorbereitung der IKW 2008 vor den regulären Sitzungen des Ausschusses einberufen werden wird.

## **öffentliche Sitzung**

### **0095      Tagesordnung**

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### **0096      Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 06.11.2007 wird genehmigt.

Einstimmig

### **0097      04-A-21-0003**

Vorstellung von Vereinen, Organisation u.a.; HIER: Frau Dr. Voelkel, Agentur für Arbeit

Frau Dr. Voelkel stellt in der Zeit von 17 Uhr bis 17.30 Uhr die Arbeit der Agentur für Arbeit vor und weist auf zahlreiche Projekte hin, um Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Sie weist darauf hin, dass Wiesbaden positiv aufgestellt ist, d.h., dass nach 6 Monaten Übergangszeit über 60 % der Arbeitssuchenden in einem (neuen) Beruf Fuß gefasst haben.

Über die Situation von Arbeit suchenden Jugendlichen kann Frau Dr. Voelkel keine genaueren Angaben machen, da hier die Ausbildungsagentur gefragt ist.

Frau Dr. Voelkel weist darauf hin, dass auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt dem Spracherwerb eine besondere Bedeutung zukommt. Sie weist auf die verschiedenen Angebote auch von den verschiedenen Bildungsträgern hin.

Herr Wittgen, ein anwesender Bürger, weist auf bestehende Sprachprobleme von Senioren mit Migrationshintergrund hin. Frau Rudolph (Einwohner- und Integrationsamt) wird ihm Ansprechpartner nennen.

Frau Dr. Voelkel bietet an, den Ausschussmitgliedern ihre Kontaktdaten zu übermitteln, damit sie bei konkreten Rückfragen entsprechend reagieren kann und auch für spätere Kontakte erreichbar ist. Die Geschäftsstelle wird die Kontaktdaten an die Fraktionen/Ausschussmitglieder weiterleiten.

Einstimmig

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 04. Dezember 2007**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0098 06-A-21-0003**

Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden; HIER: Partnerschaft zwischen Wiesbaden und Ocotal/Nicaragua; Bericht Herr Rossmeissl

Herr Marbod Rossmeissl, Verein Nueva Nicaragua e.V., berichtet über die Partnerschaft mit Ocotal und führt dazu im einzelnen folgendes aus:

- Der Verein Nueva Nicaragua hat bereits 1985 um die Begründung einer Partnerschaft zwischen Wiesbaden und Ocotal gebeten.
- Die eigentliche Partnerschaft zwischen Wiesbaden und Ocotal wurde 1988 mit der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages durch den damaligen Oberbürgermeister Exner begründet.
- In den ersten Jahren hat die LHW einen jährlicher Zuschussbetrag von 50.000 DM an Ocotal gezahlt.
- Die Stadt Wiesbaden hat Ocotal bei Naturkatastrophen unbürokratisch finanziell unterstützt.
- Viele Projekte in Ocotal können nur durch die Unterstützung des Partnerschaftsvereins weiter bestehen(z. B. Kinderbibliothek, Altenheim, Schwesternwohnheim).
- In der Regel versehen zwei Zivildienstleistungen aus Wiesbaden in Ocotal ihren Dienst.
- Auch das Zirkusprojekt, das in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Arbeit vorgestellt wird, wird vom Verein unterstützt.
- Das Land Hessen unterstützt den Verein kaum noch finanziell.
- Eine Ausbildung von Jugendlichen aus Ocotal in Wiesbaden wird seit einiger Zeit nicht mehr durchgeführt, da im Heimatland Berufschancen kaum vorhanden sind.
- Die Arbeitslosenquote liegt in Ocotal bei geschätzt ca. 50 - 70 %.

Der Ausschuss bedankt sich bei Herrn Rossmeissl.

Mit der Vorstellung des Vereins Nueva Nicaragua konnten sich alle Partnerschaftsvereine im Ausschuss präsentieren.

Der Ausschuss nimmt den Offenen Brief von Frau Flora von Herwarth zur Kenntnis, die in der Casa Materna ein Praktikum im Rahmen ihrer Hebammenausbildung gemacht hat.

Es ist dem Ausschuss nicht möglich, von kommunaler Ebene aus Einfluss auf die Lebenssituation in Nicaragua zu nehmen.

Auch ein Eingreifen des Vereins Nueva Nicaragua e.V. erscheint nicht möglich.

Frau von Herwarth wird auf die Sprechstunden der hier ansässigen Bundestagsabgeordneten/Minister hingewiesen.

Einstimmig

**0099 07-V-51-0033**

Internationale Jugendbegegnung mit Nicaragua; HIER: Bericht über das Zirkusprojekt - Frau Schirra / Amt für Soziale Arbeit

Frau Schirra, Frau Rech (beide Amt für Soziale Arbeit) und mehrere Jugendliche, die bei dem Zirkusprojekt mitgewirkt haben, sind in der Sitzung anwesend.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 04. Dezember 2007**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Zu dem Zirkusprojekt und dem Aufenthalt in Nicaragua allgemein wird ein Power-Point-Vortrag vorgeführt, der einen guten Eindruck über die Aktivitäten in Nicaragua, aber auch die Lebenssituation der Bevölkerung vermittelt.

Auf Nachfragen von Stv. Schickel, ob aus dem Zirkusprojekt eine dauerhafte Einrichtung wird, berichtet Frau Schirra, dass die Zivildienstleistenden das Zirkusprojekt weiter betreuen. Außerdem sind mittlerweile 2 Personen aus Ocotal bei dem Zirkusprojekt angestellt.

Frau Schirra berichtet auf Nachfrage von Vors. Spruch, dass die Jugendlichen, die nach Ocotal gefahren sind, alle über eigene Zirkuserfahrung verfügen und deshalb ausgewählt wurden.

Die Jugendlichen, die zwischen 15 und 17 Jahre alt sind und über bis zu 9 Jahren Zirkuserfahrung verfügen, berichten im Einzelnen, dass man trotz geringer Sprachkenntnisse sehr schnell mit den Jugendlichen in Ocotal „ins Gespräch“ gekommen sei.

Die Einstellung der Menschen in Nicaragua sei komplett anders, die Jugendlichen dort überhaupt nicht schüchtern. Die Umwelt und die Natur im Allgemeinen haben alle fasziniert. Die besondere Freundlichkeit der Menschen in Nicaragua sei allen Beteiligten sehr positiv aufgefallen. Man habe die deutschen Jugendlichen am täglichen Leben ganz selbstverständlich teilnehmen lassen.

Negativ ist den Jugendlichen aufgefallen, dass eine extreme Armut herrsche. Straßen seien zum Teil nicht befestigt und werden bei Regenfällen regelrecht weggespült. Eine junge Frau sprach von einem regelrechten Kulturschock.

Trotzdem wollte keiner der Teilnehmer/innen die Reise missen oder hätte den Aufenthalt in Nicaragua bedauert - ganz im Gegenteil.

Einstimmig

**0100            07-F-06-0053**

Neue Bleiberechtsregelung - Aktueller Stand  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 27.11.2007 -

Der Antrag gilt als eingebracht. In der nächsten Sitzung des Ausschusses wird das zuständige Dezernat Zahlen vorlegen.

Einstimmig

**0101            07-F-06-0054**

Bürgerbeteiligung bei den Planungen zur Gestaltung des Bereiches Dietenmühle/Kurpark  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 27.11.2007 -

Zu diesem Punkt sind interessierte Bürger anwesend, die nicht während der Fragestunde vor Beginn der Sitzung, sondern zum eigentlichen Punkt jetzt Fragen stellen können.

Stv. Bohrer begründet den Antrag. Der Antrag sei nach seinen Aussagen in den Bürgerausschuss eingebracht worden, obwohl er sich auch stark mit Planungsfragen beschäftigt. Es soll aber der Aspekt der Bürgerbeteiligung besonders beleuchtet werden.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 04. Dezember 2007**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Schickel merkt zu dem Antrag an, dass nach seiner Auffassung bei den zunehmenden PPP-Projekten keine Möglichkeit für eine umfassende Bürgerbeteiligung mehr gegeben ist. Ortsbeiräte und Bürgerschaft blieben z. B. beim Platz der Deutschen Einheit (Westbebauung) außen vor. Das Bild ist allerdings nicht einheitlich, denn die SEG hat z.B. 2 Bürgerversammlungen durchgeführt. Es läuft ein bisschen auf fast schon Willkür der jeweils Agierenden hinaus.

Frau Zeimetz-Lorz verwahrt sich gegen den Begriff der Willkür. Das gesamte Verfahren der Bürgerbeteiligung im Baubereich ist gesetzlich klar geregelt.

Herr Metz ist von Seiten der Verwaltung anwesend und berichtet über die unterschiedlichen Themenbereiche in Bezug auf Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten/Bauvorhaben. Das Baugesetzbuch sieht eine frühzeitige Bürgerbeteiligung vor. Schon vorher gäbe es einen Aufstellungsbeschluss, der allen Gremien vorgelegt wird. Das Beteiligungsverfahren geht in der zweiten Phase mit der öffentlichen Planauslegung weiter.

Bei städtebaulichen Planungen, die nicht im Baugesetzbuch festgelegt sind, gibt es trotzdem Bürgerbeteiligung. So wurde z. B. bei dem Stadtumbauprozess in Kastel/Kostheim wurde eine Planungswerkstatt durchgeführt, eine Stadtumbauzeitung wurde aufgelegt usw.

Mitglieder der Bürgerinitiative Dietenmühle fragen im Laufe der Diskussion nach der Veräußerung des Gebäudes Dietenmühle. Man habe gehört, dass diese kurz bevorstünde. Den Investoren wurden nach ihren Kenntnissen Pläne zur möglichen Bebauung vom Stadtplanungsamt zugeleitet.

Herr Metz weist darauf hin, dass das Gebäude vom Immobilienmanagement des Landes Hessen ausgeschrieben wurde. Es wurde außerdem eine Veränderungssperre verhängt. Die LHW sei nicht Eigentümerin des Grundstückes.

Stv. Bohrer weist noch einmal darauf hin, dass es unerheblich ist, wer Eigentümer des Grundstückes ist, sondern dass man gerade an dieser sensiblen Stelle wie den Kurpark die Bürgerbeteiligung anders gestalten bzw. erweitern müsste.

Herr Metz berichtet, dass die Stadt Wiesbaden sofort nach Bekanntwerden der Veräußerungsabsicht reagiert hat. Es wurde sofort der Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan und eine Veränderungssperre aufgelegt, so dass die LHW steuern kann.

Nach kurzer weiterer Diskussion über die Möglichkeiten, bei diesem sehr fachlich angelegten Antrag eher im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr zu diskutieren, stellt Stv. Spallek den Antrag, den Antrag der Linken Liste als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Bohrer äußert sein Unbehagen über die Behandlung des Antrages und die Behandlung der Fragestellerin der Bürgerinitiative.

gegen SPD + LiLi angenommen

**0102            07-A-21-0004**

Eingabe nach § 47 ff der Geschäftsordnung

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 04. Dezember 2007

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Spallek wird als Berichterstatter eingesetzt. Er hat bereits im Vorfeld mit dem zuständigen Sachbearbeiter Kontakt aufgenommen.

Die Eingabe wird zur Kenntnis genommen und der Magistrat wird um eine Stellungnahme gebeten. Nach Vorlage der Stellungnahme wird Stv. Spallek im Ausschuss berichten.

Einstimmig

**0103            07-A-21-0005**

Stadtbeobachtungen aktuell; Hier: - 40/2007 - Nationalitätenspezifische Integration

Die Broschüre wird zur Kenntnis genommen.

In der nächsten Sitzung des Ausschusses wird die Stadtbeobachtung erneut aufgerufen und Frau Dr. Dollinger wird zu dieser Sitzung eingeladen.

Einstimmig

**0104            07-V-30-0021**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Nordenstadt

Einstimmig

**0105            Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Wiesbaden,                      .01.2008

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

weitere Schriftführerin

Spruch

Karipidou

Koba